



**ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE
DER VERWALTUNGSGERICHTSBARKEIT
FÜR RECHT, MANAGEMENT UND INNOVATION**

PROGRAMM 2024

**SEMINARE, WORKSHOPS UND UPDATES
FÜR VERWALTUNGSRICHTER:INNEN**

Stand Februar 2024

**PRÄSIDENTINNEN
KONFERENZ DER
VERWALTUNGS
GERICHTE**



**VW
GH**



WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS



JOHANNES KEPLER
UNIVERSITÄT LINZ

Impressum/Kontakt: Österreichische Akademie der
Verwaltungsgerichtsbarkeit, Johannes Kepler Universität Linz,
Altenberger Straße 69, 4040 Linz, verwaltungsgerichte@jku.at

SEMINAR

MEDIENTRAINING FÜR PRÄSIDENT:INNEN UND PRESSESPRECHER:INNEN

Richter:innen der Verwaltungsgerichte stehen heute häufig in der Öffentlichkeit und sind Interviewpartner:innen diverser Medien. Das Medientraining bereitet auf derartige öffentliche Auftritte professionell vor. Trainiert wird das richtige Verhalten im Interview. Dazu werden rhetorische und taktische Maßnahmen vermittelt, die es Ihnen ermöglichen, Ihre gewünschten Inhalte kurz, präzise und überzeugend zu platzieren. Im Rahmen des Trainings werden gängige Interviewsituationen (unterschiedliche Radio- und Fernsehinterviews, Studiokonfrontation) zu Themen aus der verwaltungsgerichtlichen Praxis professionell nachgestellt. Darüber erhalten Sie einen tiefen Einblick in die Arbeits- und Denkweise von Journalist:innen. Bei diesem Training steht inhaltliche Sicherheit im Interview an erster Stelle. Authentizität ist das Ziel.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer:in: 800 EUR

WESENTLICHE INHALTE

- Journalistische Absichten zeitgerecht erkennen – so denken Journalist:innen
- Professionelle Vorbereitung mit Intomedia-Checklisten
- Mit einfachen Worten komplizierte Dinge darstellen – so machen Sie Ihren Standpunkt klar
- Dreiblocktechnik – in 20 Sekunden am Punkt
- Trotz Stress konzentriert bleiben
- Verhalten am Set – Körpersprache, Outfit und Etikettierung

Das Unternehmen Intomedia bereitet jährlich rund 1200 Menschen auf Interviews vor. Es verfügt über eigene Radio- und TV-Studios und eine umfangreiche technische Ausstattung, wodurch das Training in Originalsettings stattfinden kann.

Termin:

06.02.2024, 9.00 Uhr bis 17.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Intomedia Medientraining GmbH
(Mariahilfer Straße 109/15, 1060 Wien)

Referent:innen:

- **Trainer:innen** der Intomedia Medientraining GmbH

Teilnehmer:innen

Präsident:innen und Pressesprecher:innen,
maximale Teilnehmer:innenzahl: 6 Personen

Anmeldung

bis 19. Jänner 2024 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 7305

verwaltungsgerichte@jku.at

DAS KINDESWOHL IM VERWALTUNGSGERICHTLICHEN VERFAHREN (TEIL 2)

Nicht nur, aber insbesondere auch im asyl- und fremdenrechtlichen Verfahren sind Verwaltungsgerichte regelmäßig gefordert, ihre Entscheidungen (auch) an Maßstäben des Kindeswohls auszurichten. Die vorliegende zweigliedrige Veranstaltung soll Verwaltungsrichter:innen bei dieser oft sehr komplexen Abwägungsentscheidung Handreichungen nicht nur zu den dahinterstehenden rechtlichen Grundlagen, sondern vor allem auch bei der praktischen Durchführung bieten. Während der Teil 1 den rechtlichen Grundlagen des Kindeswohls und seiner Berücksichtigung im Verfahren gewidmet ist, werden im – hier relevanten – Teil 2 Fragen des Umgangs mit Kindern in Verhandlungssituationen sowie psychologische Aspekte des Kindeswohls in den Mittelpunkt gerückt.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer:in: 120 EUR

WESENTLICHE INHALTE

THEMEN MIT MMAG.^A DR.^{IN} KOZA, MAG.^A STOKREITER-STRAU, MA UND DR.^{IN} HARTL

- Umgang mit Minderjährigen in der Verhandlungssituation; Besonderheiten der Einvernahme – die richterliche Perspektive
- Psychologische Aspekte des Kindeswohls
- Kindeswohlabwägung in der Praxis der Kinder- und Jugendwohlfahrt, insbesondere beim Umgang mit (unbegleiteten) minderjährigen Flüchtlingen

THEMA MIT DSA^{IN} BODENDORFER

- Praktischer Umgang mit Kindern in der Verhandlungssituation aus psychotraumatologischer Sicht

Termin:

13.02.2024, 8.30 Uhr bis 17.15 Uhr

Veranstaltungsort:

Bundesverwaltungsgericht Wien
(Erdbergstraße 192/196, 1030 Wien)

Referent:innen:

- DSA^{IN} Christine Bodendorfer, Psychotherapeutin
- Dr.^{IN} Franziska Hartl, klinische Psychologin
- MMag.^A Dr.^{IN} Ilse Koza, Richterin des Bezirksgerichtes Innere Stadt
- Mag.^A Susanne Stokreiter-Strau, MA, Bereichsleitung Jugend und Soziales, Bezirkshauptmannschaft Baden

Anmeldung

bis 26. Jänner 2024 über Ihr Präsidium
T: +43 732 2468 7305
verwaltungsgerichte@jku.at

UPDATE

LOHN- UND SOZIALDUMPING

Das Update behandelt aktuelle Fragestellungen insbesondere mit Blick auf die jüngste Novelle zum Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz. Es fokussiert dabei auch auf die der Novelle zugrundeliegende Rechtsprechung des EuGH und auf die aktuelle Judikatur des VwGH.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer:in: 50 EUR

WESENTLICHE INHALTE

- Anpassung der Verwaltungsstrafbestimmungen
- Anpassung des Entsendebegriffs nach der Entsende-Richtlinie
- Auswirkungen des unionsrechtlichen Anwendungsvorrangs für reine Inlandssachverhalte

Termin:

27.02.2024, 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Digitale Akademie (ZOOM)

Referent:

- **Dr. Ronald Faber, LL.M.**, Hofrat des VwGH

Anmeldung

bis 2. Februar 2024 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 7305

verwaltungsgerichte@jku.at

UPDATE UND WORKSHOP

AKTUELLES VERFASSUNGS- RECHT UND NORMPRÜFUNGS- ANTRÄGE AN DEN VfGH

Die Grundrechte spielen in Verfahren vor den Verwaltungsgerichten eine zentrale Rolle. Zum einen sind die Gerichte selbst bei der Verfahrensführung an die Justizgrundrechte gebunden. Zum anderen sind die Grundrechte bei der inhaltlichen Entscheidung zu berücksichtigen; auch Verwaltungsgerichte sind Grundrechtsgerichte. Sie haben bei grundrechtlichen Bedenken gegen die von ihnen anzuwendenden Rechtsvorschriften einen Normenkontrollantrag an den Verfassungsgerichtshof zu stellen. Das Update beleuchtet die verschiedenen Wirkungen der Grundrechte und geht dabei neben den Grundrechten des österreichischen Verfassungsrechts auch auf die Gewährleistungen der EU-Grundrechte-Charta und ihre Geltung im österreichischen Recht ein.

Erörtert werden darüber hinaus im Rahmen eines Workshops die Anforderungen an Normenkontrollanträge an den Verfassungsgerichtshof.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer:in: 100 EUR

WESENTLICHE INHALTE

- Aktuelle Entwicklungen in der Rechtsprechung des EGMR, des EuGH und des VfGH mit besonderer Bedeutung für die Verwaltungsgerichte
- Die Gewährleistung von Verfahrensgrundrechten in der Verwaltungsgerichtsbarkeit
- Die Bedeutung der EU-Grundrechte-Charta für die Rechtsprechung in Österreich
- Voraussetzung und Form von Normenkontrollanträgen an den Verfassungsgerichtshof: Grundlagen und aktuelle Entwicklungen
- Die Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsgerichten und dem Verfassungsgerichtshof zur Gewährleistung des Grundrechtsschutzes

Termin:

23.04.2024, 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Verfassungsgerichtshof
(Freyung 8, 1010 Wien)

Referent:innen:

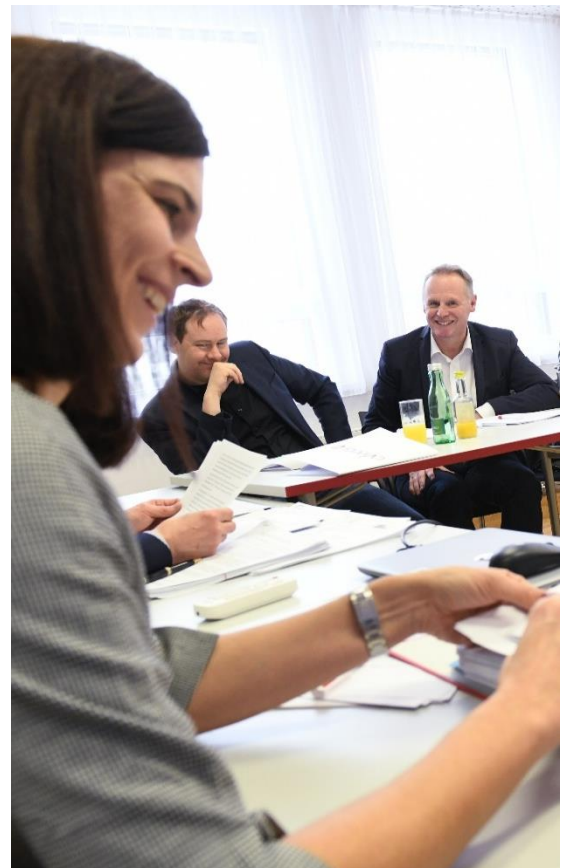
- **Dr. Helmut Hörtenhuber**, Hon.-Prof. für Öffentliches Recht, JKU Linz, Mitglied des VfGH
- **Dr.ⁱⁿ Katharina Pabel**, Univ.-Prof.ⁱⁿ für Öffentliches Recht, WU Wien

Anmeldung

bis 29. März 2024 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 7305

verwaltungsgerichte@jku.at



RECHTE UND PFLICHTEN DER FACHKUNDIGEN LAIEN- RICHTER:INNEN IM VERWALTUNGSGERICHT- LICHEN VERFAHREN

Das Seminar bietet einen Gesamtüberblick über die Rechte und Pflichten von fachkundigen Laienrichter:innen (fLR). Da das Seminar für bereits bestellte fLR vorgesehen ist, werden die Ernennungsvoraussetzungen (und deren Verlust) nur gestreift. Das Seminar bietet zwei Schwerpunkte, konkret verfahrensrechtliche Aspekte sowie die persönliche Verantwortung als fLR. Erfahrungsaustausch, praktische Tipps und rechtliche Wissensvermittlung stehen im Mittelpunkt des Seminars. Ein Eingehen auf Probleme von fachspezifischen Materiegesetzen ist jedoch nicht vorgesehen, soweit nicht allgemeine Aspekte angesprochen werden.

Kosten:

Kostenbeitrag je Teilnehmer:in: 160 EUR*

(*Die Kostentragung erfolgt grundsätzlich durch die/den fLR selbst. Auf Wunsch und mit dem Einverständnis der die/den fLR entsendenden Einrichtung kann der Kursbeitrag auch durch diese getragen werden; der Kursbeitrag wird mit der Anmeldung fällig.)

WESENTLICHE INHALTE

VERFAHRENSRECHTLICHE ASPEKTE

- Die (fixe) Geschäftsverteilung und Einteilung der fLR durch den Geschäftsverteilungsausschuss
- Grenzen der Befangenheitsregelungen
- (schriftliche) Vorbereitung auf die Verhandlung im Senat; Akteninsicht und Aktenstudium
- Verhalten in der mündlichen Verhandlung; Fragerechte, Ergänzungen und Anträge
- Der Unterschied zwischen fLR und (Amts-)Sachverständigen
- Sachverhalt und Rechtsfrage
- Senatsberatung; Senatsprotokoll; dissenting opinion; Überstimmen des Vorsitzenden
- Entscheidungsfindung; Senatsbeschlüsse und Einzelrichterentscheidung im Verfahren
- Ausarbeitung der Entscheidung

Termine:

25.04.2024, 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr
oder

11.12.2024, 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Bundesverwaltungsgericht Wien
(Erdbergstraße 192/196, 1030 Wien)

Referenten:

- **Mag. Thomas Bogner**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, JKU Linz
- **Dr. Michael Sachs**, Vizepräsident des BVwG

Anmeldung

bis 29. März 2024 über das jeweilige Präsidium des Verwaltungsgerichts, in dem Sie die Funktion als fLR ausüben

T: +43 732 2468 7305
verwaltungsgerichte@jku.at

DIE PERSÖNLICHE VERANTWORTUNG UND VERPFLICHTUNG DER FLR

- Entscheidungen: Haftung und Haftungsausschluss; Versicherung
- Geheimhaltung, Datenschutz, elektronische Datenübermittlung
- Pressure groups, Lobbying, Compliance, Kontakte zu Verfahrensparteien und RA
- Medien
- Das soziale Verhältnis im Senat
- Mitwirkungsverpflichtung am Verfahren und an der Entscheidung
- Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- Verfahren vor dem Personalsenat bei Dienstpflichtverletzung und Abberufung
- Zurücklegung der Funktion fLR

UPDATE

DER SACHVERHALT – BEWEISE, BEWEISWÜRDIGUNG, FESTSTELLUNGEN

Das Update behandelt die Sachverhaltsfeststellung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Die Teilnehmer:innen erhalten eine Einführung in die rechtlichen Grundlagen der Beweisführung und Beweiswürdigung, um einen soliden rechtlichen Rahmen für die Entscheidungsfindung zu schaffen. Es werden die wesentlichen Rechtsfragen bei der Ermittlung und Beurteilung von Beweisen vorgestellt, einschließlich der Bedeutung von Zeugenaussagen, Dokumenten und Gutachten. Das Update konzentriert sich auch auf die rechtlichen Anforderungen und Standards bei der Feststellung von Sachverhalten sowie auf die Rolle und Verantwortung der Richter:innen bei der Gewichtung und Bewertung von Beweisen. Durch interaktive Fallstudien und Diskussionen werden die Teilnehmer:innen dabei unterstützt, ihre Fähigkeiten in der Analyse und Beurteilung von Beweisen zu vertiefen.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer:in: 70 EUR

Termin:

13.05.2024, 13.00 Uhr bis 17.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Landesverwaltungsgericht Salzburg
(Wasserfeldstraße 30, 5020 Salzburg)

Referent:

■ **Dr. Hans Peter Lehofer**, Senatspräsident des VwGH
und Hon.-Prof. an der WU Wien

Anmeldung

bis 26. April 2024 über Ihr Präsidium
T: +43 732 2468 7305
verwaltungsgerichte@jku.at

WESENTLICHE INHALTE

- Anforderungen an die Sachverhaltsfeststellung in verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen
- Beweislast und Beweismaß
- Sachverständige und Urkunden
- Umgang mit privaten Gutachten
- Aktuelle Rechtsprechung zur Sachverhaltsfeststellung und Beweiswürdigung

UPDATE

VERFAHRENSRECHT – SCHWERPUNKT DIGITALE VERHANDLUNG

Aufbauend auf einem kompakten Überblick zu aktuellen Entwicklungen im Verfahrensrecht im Allgemeinen (AVG/VwGVG) sowie in der Finanzverwaltung (BAO) behandelt dieses Update die zunehmende Bedeutung digitaler Prozesse im rechtlichen Bereich. Es bietet eine umfassende Auseinandersetzung mit den rechtlichen Rahmenbedingungen und Herausforderungen digitaler Verhandlungen. Behandelt werden die elektronische Aktenführung, die Online-Kommunikation sowie virtuelle Gerichtssitzungen. Die Veranstaltung bietet zudem Raum für den Austausch von Best Practices und die Diskussion potenzieller Vor- und Nachteile digitaler Verfahren im Verwaltungsrecht. Abschließend werden Strategien zur Gewährleistung eines reibungslosen digitalen Verfahrensablaufs behandelt, um eine fundierte Grundlage für erfolgreiche digitale Verhandlungen zu schaffen.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer:in: 160 EUR

THEMEN AM VORMITTAG MIT HON.-PROF. SP DR. LEHOFER UND HR MMAG. MAISLINGER

- Aktuelle Judikatur zum Verfahrensrecht (AVG, VStG, VwGVG, BAO)
- Elektronische Einbringung von Beschwerden
- Elektronische Genehmigung und Zustellung von Erledigungen
- Verhandlungspflicht und Inhalt der Verhandlung

THEMEN AM NACHMITTAG MIT RA UNIV.-PROF. DR. FISTER

- Videoverhandlungen – Rechtsentwicklung, Grundrechtsfragen und einfachgesetzliche Ausgestaltung
- Verwaltungsgerichtliche Kontrolle von Videoverhandlungen der Verwaltungsbehörden
- Videoverhandlungen vor den VwG
- Besonderheiten des Verwaltungsstrafverfahrens

Termin:

14.05.2024, 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Landesverwaltungsgericht Salzburg
(Wasserfeldstraße 30, 5020 Salzburg)

Referenten:

- **Dr. Mathis Fister**, Univ.-Prof. am Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, JKU Linz, Rechtsanwalt
- **Dr. Hans Peter Lehofer**, Senatspräsident des VwGH und Hon.-Prof. an der WU Wien
- **MMag. Franz Maislinger**, Hofrat des VwGH

Anmeldung

bis 19. April 2024 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 7305

verwaltungsgerichte@jku.at

UPDATE

ARBEITSRECHT FÜR VERWALTUNGSRICHTER:INNEN

Das Arbeitsrecht als Sonderprivatrecht hat bekanntlich viele Anknüpfungspunkte zu Verwaltungsmaterien. Für die Verwaltungsgerichte stellen sich daher regelmäßig arbeitsrechtliche Vorfragen in ihren Verfahren. Die Veranstaltung soll Verwaltungsrichter:innen dabei unterstützen. Insbesondere wird das Arbeitsvertragsrecht mit einem Schwerpunkt auf den Beginn und das Ende des Arbeitsverhältnisses behandelt und Grundlagen der Berechnung arbeitsrechtlicher Ansprüche sowie Beispiele für die Berechnung solcher dargelegt. Eingegangen wird auch auf die immer wieder Schwierigkeiten bereitende Frage der Qualifikation des Vertragsverhältnisses als Arbeitsvertrag, freier Dienstvertrag oder Werkvertrag. Die Abgrenzung wird aus Sicht des OGH und VwGH dargestellt. Darüber hinaus behandelt das Update neueste Entwicklungen in ausgewählter Rechtsprechung des EuGH und des OGH, welche auch für die Verwaltungsgerichte hohe Relevanz besitzen. Die TeilnehmerInnen erhalten im Vorfeld der Veranstaltung die Möglichkeit, Fragen innerhalb der Themenblöcke an die Referent:innen zu übermitteln. Die Referent:innen bemühen sich, nach Maßgabe der zeitlichen Möglichkeiten und der thematischen Nähe diese Fragen in das Update zu integrieren.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer:in: 160 EUR

WESENTLICHE INHALTE

- Verknüpfung von Arbeitsrecht mit Verwaltungsmaterien
- Unterstützung für Verwaltungsrichter:innen bei arbeitsrechtlichen Fragen
- Schwerpunkt auf Arbeitsvertragsrecht und Anspruchsberechnung
- Schwierigkeiten der Vertragsqualifikation (Arbeitsvertrag, Dienstvertrag, Werkvertrag)
- Aktuelle Rechtsprechung von EuGH und OGH mit Relevanz für Verwaltungsgerichte

Termin:

22.05.2024, 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Bundesverwaltungsgericht Wien
(Erdbergstraße 192-196, 1030 Wien)

Referent:innen:

- **Mag.^a Christina Kerschbaumer**, Richterin des BVwG
- **Dr. Reinhard Resch**, Univ.-Prof. und Vorstand des Instituts für Recht der sozialen Daseinsvorsorge und Medizinrecht, JKU Linz

Anmeldung

bis 26. April 2024 über Ihr Präsidium
T: +43 732 2468 7305
verwaltungsgerichte@jku.at



SEMINAR

SITZUNGSPOLIZEI UND DEESKALATIONSTRAINING

Der Richter und die Richterin sind die Kapitäne im Gerichtssaal – er/sie hat das Kommando!

Anke Sembacher, Richterin des Verwaltungsgerichtshofes, und Wolfgang Bachler, ehemaliger Kommandant der österreichischen Anti-Terror-Einheit Cobra, bieten in einem kompakten Seminar Input, um in schwierigen Situationen die Kontrolle zu behalten und die notwendigen Konsequenzen formal und taktisch richtig zu setzen. Das Seminar zeigt dazu rechtliche Möglichkeiten der Sitzungspolizei sowie psychologische Aspekte auf.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer:in: 160 EUR

Termin:

11.06.2024, 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Amt der NÖ Landesregierung
(Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten Industrieviertelsaal,
Haus 1A, 2. OG)

Referent:innen:

- **Dr. Wolfgang Bachler**, Geschäftsführer der bachler & partner crisis and security consulting GmbH, ehemaliger Kommandant der österreichischen Anti-Terror-Einheit Cobra
- **Dr.ⁱⁿ Anke Sembacher**, Hofrätin des VwGH

Anmeldung

bis 17. Mai 2024 über Ihr Präsidium
T: +43 732 2468 7305
verwaltungsgerichte@jku.at

SCHNITTSTELLEN UNIONS- RECHT – NATIONALES RECHT IN DER PRAXIS DER VERWALTUNGSGERICHTE

Dieses Update rückt jene Schnittstellen zwischen Unionsrecht und staatlichem Recht in den Mittelpunkt, die eine besondere Relevanz für die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte besitzen. Behandelt werden daher etwa die unterschiedlichen Phänomene des Vorrangs des Unionsrechts (Anwendungsvorrang, unionsrechtskonforme Interpretation usw), die Wirkungsmodi unionaler Verordnungen, Richtlinien und Beschlüsse, „gemischte“, teils unionale, teils staatliche Rechtsakte, Verweisungen auf und Anknüpfungen an das Unionsrecht, mehrstufige Verwaltungsverfahren und Verwaltungsakte sowie die unionsrechtlich veranlasste Transformation ausgewählter Bereiche des staatlichen Verwaltungsrechts (zB subjektives Recht, Beteiligung in Verwaltungsverfahren) und deren Auswirkungen auf den Verwaltungsschutz. Mit den Teilnehmer:innen wird die praktische Anwendung des Unionsrechts bei der Entscheidungsfindung der Verwaltungsgerichte eingehend diskutiert. Die Veranstaltung fördert den Dialog über bewährte Praktiken und Strategien, um einen effektiven Umgang mit Fragen der Rechtsanwendung in diesem Bereich zu unterstützen. Ziel ist es, den Teilnehmer:innen – vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung des EuGH, des VfGH und des VfGH – ein fundiertes Verständnis für die praktischen Aspekte und die rechtlichen Zusammenhänge zwischen dem Unionsrecht und dem nationalen Recht zu vermitteln.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer:in: 80 EUR

WESENTLICHE INHALTE

- Vorrang des Unionsrechts – Anwendungsvorrang, unionsrechtskonforme Interpretation usw
- Wirkungsmodi von Verordnung, Richtlinie und Beschluss
- Strukturelle Besonderheiten von „Schnittstellenrecht“ (zB Verweisungen und Anknüpfungen, „gemischte“ Normen)
- Mehrstufige Verwaltungsverfahren und Verwaltungsakte (auf Grund unterschiedlicher Verfahrensgestaltungen, von punktueller Ingerenz von Unionsorganen auf staatliche Verwaltungsverfahren bis hin zu Entscheidungen in unionalen Behördenverbänden)
- Unionsrechtlich veranlasste (gebotene) Transformation ausgewählter Bereiche des staatlichen Verwaltungs(verfahrens)rechts (zB subjektives Recht, Präklusion, Beteiligung in Verwaltungsverfahren); Auswirkungen dieser Transformation auf den Verwaltungsrechtsschutz (vor den Verwaltungsgerichten, dem VfGH und dem VfGH sowie allenfalls auch vor dem EuGH)
- Aktuelle Sonderprobleme (zB Untätigkeit des Ordnungsgebers bei der Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben)

Termin:

07.10.2024, 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Verfassungsgerichtshof
(Freyung 8, 1010 Wien)

Referent:innen:

- **Dr. Christoph Herbst**, Univ.-Prof. am Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, JKU Linz, Mitglied des VfGH
- **Dr. Michael Holoubek**, Univ.-Prof. am Institut für Österreichisches und Europäisches Öffentliches Recht, WU Wien, Mitglied des VfGH
- **Dr.ⁱⁿ Kerstin Holzinger**, Hofrätin des VfGH
- **Dr. Michael Mayrhofer**, Univ.-Prof. am Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, JKU Linz, Mitglied des VfGH

Anmeldung

bis 18. Oktober 2024 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 7305

verwaltungsgerichte@jku.at

UPDATE

TIERSCHUTZRECHT

Das Update widmet sich aktuellen rechtlichen Fragestellungen im Rahmen des Tierschutzes und gibt einen Überblick über die aktuelle Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes im Tierschutzrecht. Es werden Fallstudien und Diskussionen genutzt, um praxisnahe Einblicke in die Herausforderungen der Entscheidungsfindungen im Bereich des Tierschutzes zu vermitteln. Die Teilnehmer:innen haben die Gelegenheit, ihre Kenntnisse zu vertiefen und ihre fachlichen Erfahrungen auszutauschen.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer:in: 70 EUR

WESENTLICHE INHALTE

Die Teilnehmer:innen sind dazu eingeladen, im Vorfeld der Veranstaltung ihre Fragen oder Anliegen zum Tierschutzrecht an verwaltungsgerichte@jku.at zu übermitteln. Diese vorab eingereichten Fragen werden während des Updates besonders berücksichtigt und bilden einen zentralen Teil der Diskussion. Dadurch haben die Teilnehmer:innen die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung des Veranstaltungsablaufs mitzuwirken und sicherzustellen, dass ihre spezifischen Anliegen ausführlich behandelt werden.

Termin:

10.10.2024, 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr

Veranstaltungsort:

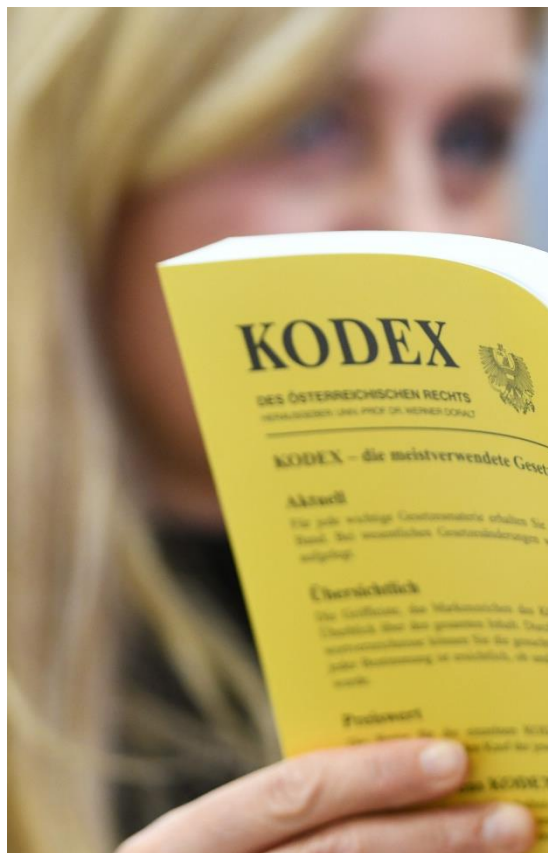
Landesverwaltungsgericht Oberösterreich
(Volksgartenstraße 14, 4021 Linz)

Referentin:

■ **Mag.^a Dr.ⁱⁿ Bettina Maurer-Kober, LL.M.**, Hofrätin
des VwGH

Anmeldung

bis 13. September 2024 über Ihr Präsidium
T: +43 732 2468 7305
verwaltungsgerichte@jku.at



SEMINAR

VERHANDLUNGSTRAINING FÜR FORTGESCHRITTENE RICHTER:INNEN

Im Fokus der Veranstaltung steht das effektive und effiziente Verhandeln, welches sowohl eine höchst professionelle Handhabung des zur Verfügung stehenden prozessualen Instrumentariums als auch eine profunde, über das Aktenstudium hinausgehende, nicht zu unterschätzende Vorbereitung und das geschickte Einsetzen von Kommunikationstechniken voraussetzt. Nur wer weiß, wann und wie er oder sie den Gesprächsverlauf in Verhandlungen lenken kann und welche Mittel hierbei eingesetzt werden, wird in konflikt- und stressbeladenen Situationen den Überblick bewahren und das weitere Prozessgeschehen fest in der Hand behalten.

Schwierige Verhandlungen brauchen neben einer profunden Kenntnis der Materie eine genaueste Vorbereitung und das Wissen um einen folgerichtigen Verhandlungsablauf. Wachsamkeit für die Gesprächsatmosphäre, Achtsamkeit für die leisen Zwischentöne und ein Feingefühl für die Nuancen zwischen den Zeilen sind wichtige Voraussetzung für das Gelingen eines reibungsarmen und produktiven Gespräches. Die richtige Wortwahl, die den beteiligten Personen, dem Thema und der Situation entspricht, zu finden, ist die hohe Kunst der Kommunikation.

Die Veranstaltung richtet sich an Richter:innen mit mehrjähriger praktischer Erfahrung. Für neue Richter:innen wird ein Verhandlungstraining im Rahmen der Einstiegsphase angeboten.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer:in:	430 EUR
Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts für das Seminarhotel	210 EUR*
(1x Übernachtung, 1x Frühstück, 2x Mittagessen und 1x Abendessen, Pausengetränke und Snacks, Seminarpauschale)	130 EUR**
Gesamtkosten inkl. Seminarpauschale mit Nächtigung	640 EUR
Gesamtkosten inkl. Seminarpauschale ohne Nächtigung	560 EUR

(*mit Nächtigung; **ohne Nächtigung)

Termin:

21.10.2024, 9.00 Uhr bis 22.10.2024, 17.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Bildungshaus St. Magdalena
(Schatzweg 177, 4040 Linz)

Referentinnen:

- **Mag.^a Victoria Bischof-Robinson**, Juristin, Dipl. Coach, Expertin für Konfliktmanagement
- **Mag.^a Sigrid Ellmer**, Richterin des LVwG OÖ

Anmeldung

bis 27. September 2024 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 7305

verwaltungsgerichte@jku.at

UPDATE

SOZIALHILFE

Im Update wird im Sinne eines „Refresher-Kurses“ die aktuelle Rechtsentwicklung sowie rezente Judikatur des VwGH erörtert. Frau Prof.ⁱⁿ Kammler (vorm. Fördermayr) wird die gesetzlichen Grundlagen des Themas behandeln, während Herr Hofrat Dr. Hofbauer auf Fälle eingehen wird, die den VwGH in jüngerer Zeit beschäftigt haben. Dieser praxisorientierte Ansatz ermöglicht es den Teilnehmer:innen, nicht nur das theoretische Fundament zu verstehen, sondern auch anhand konkreter Fälle und Entscheidungen des VwGH eine tiefere Einsicht in die Anwendung und Interpretation dieser Rechtsmaterie zu gewinnen.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer:in: 100 EUR

WESENTLICHE INHALTE

Um die Veranstaltung möglichst im Sinne der Bedürfnisse der Praxis gestalten zu können, werden die Teilnehmer:innen ersucht, bis 8. November 2024 konkrete Fragen oder Beispiele aus Ihrer Entscheidungstätigkeit, die Ihnen diskussionswürdig erscheinen, per E-Mail an verwaltungsgerichte@jku.at zu übermitteln.

Termin:

24.10.2024, 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Digitale Akademie (ZOOM)

Referent:innen:

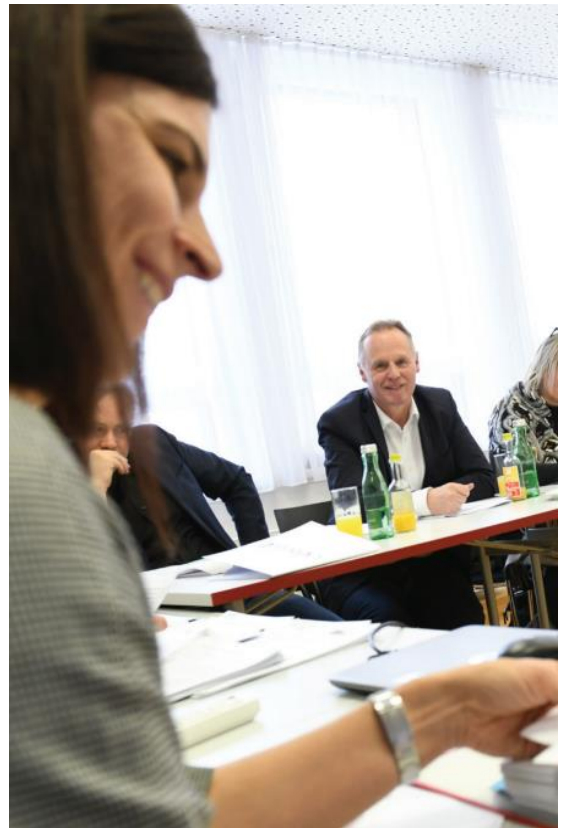
- **Dr. Helmut Hofbauer**, Hofrat des VwGH
- **Dr.ⁱⁿ Barbara Kammler**, assoz. Univ.-Prof.ⁱⁿ und stv. Vorständin des Instituts für Recht der sozialen Da-seinsvorsorge und Medizinrecht, JKU Linz

Anmeldung

bis 27. September 2024 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 7305

verwaltungsgerichte@jku.at



WORKSHOP

METHODEN DER RICHTER:INNENAUSWAHL FÜR MITGLIEDER DER PERSONALAUSWAHLGREMIIEN

Eine erfolgreiche Personalbesetzung ist mit hohen Ansprüchen an die Methode und Qualität der Durchführung des Auswahlverfahrens und Erfahrung in der Beurteilung verbunden. In diesem Workshop sollen Methoden erfolgreicher Personalauswahl vertiefend dargestellt und trainiert werden.

Der Workshop („Intensivseminar“) widmet sich der vertieften praxisorientierten Auseinandersetzung mit Best Practice der objektivierten Personalauswahl im Hearing und soll zu größerer Sicherheit im Einsatz führen.

Kosten

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer:in: 220 EUR

WESENTLICHE INHALTE

- Hearing als Instrument der modernen Eignungsdiagnostik zur objektivierten und validen Personalbeurteilung und –auswahl;
- Voraussetzungen für den richtigen Einsatz der Hearing-Methode zur strukturierten Überprüfung der fachlichen und persönlichen Eignung;
- Möglichkeiten der Prognose des Entwicklungspotenzials;
- Praktische Hearing-Durchführung von der Vorbereitung und Organisation bis zur Auswertung, Dokumentation und Berichtserstellung;
- Hearing-Toolbox für den Einsatz geeigneter Aufgaben;
- Beurteilungstechniken zur aussagekräftigen Entscheidungsfindung

Termin:

12.11.2024, 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Bundesfinanzgericht Wien
(Hintere Zollamtsstraße 2b, 1030 Wien)

Referent:

- **Dr. Kurt Baumgart**, Geschäftsführender Gesellschafter der VIP Consulting for Management OG

Anmeldung

bis 25. Oktober 2024 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 7305

verwaltungsgerichte@jku.at



UPDATE

VERORDNUNGEN IM STRASSENVERKEHRSRECHT

Das Update behandelt die für die Erlassung von Verordnungen relevanten Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung. Im Mittelpunkt steht dabei die aktuelle Judikatur des Verfassungsgerichtshofes. Darüber hinaus wird auf - in der Praxis häufig auftretende - Fragen im Zusammenhang mit der Formulierung von Verordnungsprüfungsanträgen an den VfGH (zB Antrag ieS, Präjudizialität von Rechtsvorschriften, Abgrenzung des Anfechtungsumfanges) eingegangen.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer:in: 80 EUR

WESENTLICHE INHALTE

- Zuständigkeit zur Erlassung straßenverkehrsrechtlicher Verordnungen, besondere Konstellationen
- Anforderungen an das straßenverkehrsrechtliche Ermittlungsverfahren
- Dokumentationspflichten im Ordnungsverfahren
- Determinierungspflicht
- Kundmachung von straßenverkehrsrechtlichen Verordnungen
- Normprüfungsanträge an den VfGH

Termin:

14.11.2024, 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Verfassungsgerichtshof
(Freyung 8, 1010 Wien)

Referent:

- **Mag.^a Katharina Sallager**, Verfassungsrechtliche Mitarbeiterin am VfGH

Anmeldung

bis 18. Oktober 2024 über Ihr Präsidium
T: +43 732 2468 7305
verwaltungsggerichte@jku.at

UPDATE

BAU- UND RAUMPLANUNGS- RECHT

Das Update „Baurecht“ gibt einen Überblick über die aktuelle Rechtsprechung des VwGH und VfGH zum Raumordnungs- und Baurecht. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf dem Bereich des Planungsrechtes. Darüber hinaus soll das Update den Erfahrungsaustausch zwischen den Verwaltungsgerichten ermöglichen und fördern.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer:in: 170 EUR

WESENTLICHE INHALTE

- Rolle der Verwaltungsgerichte bei der Prüfung von Flächenwidmungsplänen
- Aktuelle Judikatur des VwGH in Bausachen
- Erörterung von baurechtlichen Problemen anhand von Fragestellungen der Teilnehmer:innen

Um die Veranstaltung möglichst im Sinne der Bedürfnisse der Praxis gestalten zu können, werden die Teilnehmer:innen ersucht, bis 8. November 2024 konkrete Fragen oder Beispiele aus Ihrer Entscheidungstätigkeit, die Ihnen diskussionswürdig erscheinen, per E-Mail an verwaltungsgerichte@jku.at zu übermitteln.

Termin:

19.11.2024, 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Landesverwaltungsgericht Oberösterreich
(Volksgartenstraße 14, 4021 Linz)

Referent:innen:

- **Dr. Martin Köhler**, Senatspräsident a.D. des VwGH
- **MMMag.^a Dr.ⁱⁿ Barbara Leitl-Staudinger**, Univ.-Prof.ⁱⁿ und Vorständin des Instituts für Multimediales Öffentliches Recht, JKU Linz, Ersatzmitglied des VfGH

Anmeldung

bis 18. Oktober 2024 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 7305

verwaltungsgerichte@jku.at

UPDATE

PFLEGSCHAFTS- UND ERWACHSENENSCHUTZ-RECHT FÜR VERWALTUNGSRICHTER:INNEN

Während sich die Rechtslage zur Vertretung von nicht volljährigen Personen in den letzten Jahren kaum verändert hat, gab es mit 1.7.2018 (Inkrafttreten des 2. Erwachsenenschutzgesetzes) einen Paradigmenwechsel von der Sachwalterschaft zur Erwachsenenvertretung. Das 2. ErwSchG zielt in Richtung „Unterstützte Entscheidungsfindung“ und will in Umsetzung der UN-Behinderterrechts-Konvention damit zu einer Stärkung der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen führen: Menschen, die nicht mehr in der Lage sind, ihre Angelegenheiten selbst wahrzunehmen, sollen – soweit das möglich, zweckmäßig und vertretbar ist – selbst über ihre rechtlichen Beziehungen bestimmen. In der Praxis zeigt sich, dass diese Ziele vor allem im Kontakt mit Banken und mit Behörden nicht wirklich erreicht werden konnten. Das Update zielt vor allem auf den praktischen Umgang mit Problemen, die sich aus der Bestellung eines Vorsorgebevollmächtigten oder eines (gewählten, gesetzlichen oder gerichtlichen) Erwachsenenvertreters ergeben.

Kosten:

Kostenbeitrag des Verwaltungsgerichts je Teilnehmer:in: 30 EUR

WESENTLICHE INHALTE

- Paradigmenwechsel von der Sachwalterschaft zur Erwachsenenvertretung
- Praktischer Umgang mit Problemen, die sich aus der Bestellung eines Vorsorgebevollmächtigten oder Erwachsenenvertretern ergeben können
- Herausforderungen mit Behörden und Banken in der Praxis

Um die Veranstaltung möglichst im Sinne der Bedürfnisse der Praxis gestalten zu können, werden die Teilnehmer:innen ersucht, bis 15. November 2024 konkrete Fragen oder Beispiele aus Ihrer Entscheidungstätigkeit, die Ihnen diskussionswürdig erscheinen, per E-Mail an verwaltungsgerichte@jku.at zu übermitteln.

Termin:

10.12.2024, 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Digitale Akademie (ZOOM)

Referent:innen:

- **Dr. Matthias Neumayr**, Vizepräsident des OGH i.R., Univ.-Prof. am Institut für Zivilrecht, JKU Linz

Anmeldung

bis 15. November 2024 über Ihr Präsidium

T: +43 732 2468 7305

verwaltungsgerichte@jku.at

AUSBLICK: WEITERE VERANSTALTUNGEN 2024

- Seminar „Aussagepsychologie“
- Workshop „Methoden der Richter:innenauswahl“
- Update „Aktuelles zum Abgabenrecht“
- Update „Zivilrecht für Verwaltungsrichter:innen“



Die Details zu diesen und allenfalls weiteren Veranstaltungen werden zeitgerecht sowohl über Ihr Präsidium bekanntgegeben, als auch auf der Homepage der ÖAVG unter: <https://www.jku.at/oesterreichische-akademie-der-verwaltungsgerichtsbarkeit/> veröffentlicht.